

**KOHLEKRAFT Erfolg für Bürgerinitiativen im Verfahren**

## **Electrabel darf noch kein Kraftwerk bauen**

**Bei der Einleitung des Kühlwassers in die Elbe müssen strengere Grenzen beachtet werden.**

Von Manfred Augener

**Haseldorf/Stade** - Die Gewerbeaufsicht hat einen vorzeitigen Baubeginn für das Kohlekraftwerk des Energiekonzerns Electrabel abgelehnt. Sprecher von Initiativen aus Stade und der Haseldorfer Marsch werten das als Erfolg. Das Unternehmen muss erst die wasserrechtliche Genehmigung einholen, das im Kühlkreislauf erwärmte Wasser in die Elbe leiten zu dürfen. Dafür müssen hohe Hürden überwunden werden, da die Bundesländer einen strengen Wärmelastplan für den Fluss erarbeiten.

Mehr als 1100 Bürger hatten Einwände gegen die Kraftwerkspläne erhoben. Christina Freifrau von Mirbach leitete für die Gewerbeaufsicht die viertägige Erörterung in Stade. Gut 100 Einwander begleiteten das Verfahren, unter ihnen Niels-Peter Rühl, einer von vier Sprechern der hiesigen Bürgerinitiative. Er äußerte sich begeistert, wie gut der Anwalt der Initiative Bützfleth, Philipp Heinz, vorbereitet war. Der brachte die Electrabel mehrmals in die Bredouille: "Das liefern wir nach!" Damit steigt die Chance für ein anderes Kraftwerksprojekt: Dow und der Energiekonzern EnBW wollen gleichzeitig Strom produzieren und die Wärme im Produktionsprozess ausnutzen.

Diese Kraft-Wärme-Kopplung muss auch Electrabel noch einmal prüfen. Im Verfahren sagten Unternehmensvertreter, dass es keine Chance gebe, Wärme in der Nähe zu vermarkten. "Dann müssen Sie dort bauen, wo Sie Abnehmer haben", sagte ein aufgebracht Bürger.

Ein weiteres Problem: die Nähe zur Wohnbevölkerung in Stade-Bützfleth. Dort müssen Gerichte klären, ob es sich um ein reines Wohngebiet handelt oder nur um ein Mischgebiet. Davon hängen die Auflagen ab. Bislang plant Electrabel ein offenes Kohlelager, das beregnet wird, um Kohlenstaub zu vermindern.

Nach dem Erörterungstermin ist Initiativensprecher Rühl überzeugt: "Wenn wir etwas werden wollen, benötigen wir juristische Hilfe." Über Zuschüsse sollen die Gemeinderäte Haseldorf, Hetlingen, Haselau und Neuendeich verhandeln. Rühl: "Diese Dörfer sind die Hauptbetroffenen der Luftbelastung."

erschieden am 7. Juni 2008